

**RM Striegl** teilt mit, dass die Stadt ziemlich schwer unter der Corona-Krise leidet und die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt sowie die Inanspruchnahme des Kreditrahmens immens sind. Die festgelegte Kreditermächtigung von 5,5 Mio. Euro sei daher bereits jetzt voll ausgeschöpft. Dennoch dürfe der Rat bei seinen Entscheidungen nicht vergessen, so RM Striegl, dass die Stadt auf Sicht fährt. Jedoch erfordere die besondere Situation der Corona-Krise auch besondere Maßnahmen, wozu auch die Anpassung des Höchstbetrages zur Aufnahme von Liquiditätskrediten von 5,5 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro gehöre. Er betont, dass die CDU-Fraktion der Anhäufung von Schulden und Krediten generell kritisch gegenübersteht, die besondere Situation jedoch zumindest temporär eine andere Denkweise erfordert, um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen. Abschließend regt RM Striegl an, im Sommer mit der Arbeit in der „Arbeitsgruppe Haushalt“ zu beginnen und damit zielorientiert und mit Blick auf die Situation über zukünftige Projekte und Investitionen zu beraten.

**RM Kasig** erklärt, dass die SPD-FDP-Gruppe den Verwaltungsvorschlag unterstützt. Die Gruppe hält die Heraufsetzung des Höchstbetrages der Kreditermächtigung zum jetzigen Zeitpunkt für den richtigen Schritt, um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten.